

*Pressemitteilung AWO Bundesverband e. V., 18.08.2011*

## **Geburtenrate viel zu niedrig: Politik muss Nachwuchsoffensive starten**

**Berlin, 18. August 2011.** „Die Bundesregierung muss akzeptieren, dass ihre bisher praktizierte Familienpolitik die Geburtenrate nicht positiv beeinflusst“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler angesichts der heute vom statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen. Auch wenn die durchschnittliche Kinderzahl je Frau minimal von 1,36 im Jahr 2009 auf 1,39 im Jahr 2010 gestiegen ist, bestünden offensichtlich „zwischen der Familienpolitik und den realen Bedürfnissen von Familien erhebliche Differenzen“, betont Stadler und fordert die Bundesregierung auf, endlich „eine Nachwuchsoffensive zu starten“. Benötigt würde ein koordiniertes Maßnahmenbündel, das finanzielle, zeitliche und infrastrukturelle Maßnahmen zur Familienförderung beinhalte. „Familien müssen das Gefühl bekommen, von der Politik unterstützt zu werden“, betont Stadler.

Es sei Aufgabe der Politik für familienfreundliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Dazu gehöre es, die finanziellen Risiken von Eltern weiter abzufedern. So sei es nicht nachvollziehbar, dass verheiratete Alleinverdiener ohne Kinder steuerlich besser gestellt werden als Alleinerziehende oder Familien in denen beide Eltern voll berufstätig sind. „Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft“, fordert Stadler. Darüber hinaus sei der Ausbau der Kinderbetreuung zwingend notwendig. Es fehle vor allem an Ganztagsplätzen in Kindertageseinrichtungen genauso wie im Schulbereich. „Der ab 2013 geplante Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ist ein Schritt in die richtige Richtung“, erklärt Stadler. Genauso wichtig seien Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die mehr noch als bisher auch auf die Selbstbestimmung von Familien ausgerichtet sein müssten. „Familien benötigen mehr Wertschätzung und das heißt für die Politik sie mit einem passgenauen und bedarfsorientierten Maßnahmenpaket zu fördern und zu unterstützen“, betont Wolfgang Stadler abschließend.